

## „Die EU-Schweiz-Beziehungen brauchen rasch einen klaren Rahmen“

*Beschluss des Landesauschusses  
vom 16. September 2023 in Stuttgart*

Die Schweiz liegt geografisch in der Mitte Europas, ist jedoch nicht Mitglied der Europäischen Union, was die Europa-Union bedauert. Das Land genießt über zwei bilaterale Abkommen, welche 120 Verträge umfassen, einen privilegierten Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Dieser sogenannte „Bilaterale Weg“ ist jedoch an seine Grenzen gestoßen. Aus diesem Grund strebten die EU und die Schweiz an, das zukünftige Verhältnis in einem institutionellen Rahmenabkommen zu regeln, mit dem Ziel, Rechtssicherheit und Klarheit in einer Beziehung zu schaffen, von welcher beide Seiten profitieren können - insbesondere aber Grenzpendler:innen, Arbeitnehmende, die Jugend, Forschende, Unternehmen sowie die Grenzregionen in der EU und der Schweiz.

Im Mai 2021 hat die Schweizer Regierung nach 7 Jahren Verhandlungen und einem vorliegenden Entwurf den Prozess einseitig abgebrochen. Seitdem ist nichts geschehen! Zum Schaden von Unternehmen, Forschenden, Studierenden, Jugendlichen, der Grenzregionen um die Schweiz und der EU als Ganzes.

Um Rosinenpickerei der Schweiz zu verhindern und endlich eine Lösung zu erreichen, fordert die Europa-Union Baden-Württemberg daher

- von der Europäischen Kommission, der Schweizer Regierung nach den Parlamentswahlen in der Schweiz zu verstehen zu geben, dass erwartet wird, dass innerhalb von zwei Jahren ein festes Verhandlungsergebnis vorliegt, das auf dem bestehenden Rahmenabkommen basiert.
- von der Bundesregierung, dass sich diese bei der Europäischen Kommission bezüglich Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen für eine klare Haltung gegenüber der Schweiz engagiert und insbesondere dafür, dass innerhalb von zwei Jahren die offenen Fragen geklärt werden und eine Lösung gefunden wird, bei der keine Rosinenpickerei geduldet wird.
- von der Landesregierung von Baden-Württemberg, dass Bern wie Brüssel klar gemacht wird, dass die aktuelle Situation für die Menschen wie für die Unternehmen in den Grenzregionen zur Schweiz unhaltbar ist, weshalb innerhalb von zwei Jahren eine Lösung gefunden werden muss.
- vom Oberrheinrat, sich mit diesem Thema zu befassen und sich ebenfalls für diese Verhandlungen einzusetzen.

---

### Hintergrund-Information zu Europa-Union Baden-Württemberg e.V.:

Die Europa-Union Deutschland ist ein überparteilicher und gemeinnütziger Verband, der seit über 70 Jahren unter dem internationalen Dachverband der Europäischen Bewegung in der Gesellschaft durch zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen auf ein geeintes, demokratisches Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand hinwirkt. Wir sind aktiv auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Rund 18.000 Mitglieder sind in 16 Landesverbänden mit rund 350 Kreis-, Orts- und Stadtverbänden vernetzt und haben Partnerorganisationen in über 30 Ländern Europas. Im Landesverband Baden-Württemberg führen wir über 3.100 Mitgliedern in 32 Kreisverbänden.

Der Landesverband Baden-Württemberg e.V. zählt neben vielen parteilosen Persönlichkeiten viele führende Politiker aus den Reihen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. 8 der 11 Europaabgeordneten aus Baden-Württemberg sind Mitglied der Europa-Union. Im Landtag von Baden-Württemberg gehören aktuell 54 Abgeordnete aus CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen der Europa-Union an. Über 140 Kommunen im Land unterstützen die Arbeit der Europa-Union durch eine Mitgliedschaft.

Auch an der Spitze des Bundesverbandes spiegelt sich ihr überparteiliches Profil wider. Neben dem Präsidenten, Rainer Wieland MdEP (CDU), finden sich im Präsidium unter anderen parteilosen EUD-Mitgliedern, Gabriele Bischoff MdEP (SPD) und Evelyne Gebhardt ehemalige Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments (SPD) wieder.

**Kontakt:** Daniel Frey, Medienreferent

E-Mail: [daniel.frey@eubw.eu](mailto:daniel.frey@eubw.eu) - Webseite: <https://eubw.eu>